

Immigrationspolitik in Großbritannien: Von Funktionalität zu Postfunktionalität?

Sebastian Berg

Bekanntlich stellt die *Conservative Party* im Vereinigten Königreich seit über 13 Jahren die Regierung, knapp die Hälfte der Zeit mit absoluter Mehrheit im Unterhaus. Dennoch debattiert sie mit einer Vehemenz über Versäumnisse in der Immigrationspolitik und die Notwendigkeit, sie effektiver zu steuern und zu begrenzen, als säße eine andere Partei an den Hebeln der Regierungsmacht. Schon David Cameron, Premierminister von 2010 bis 2016, wurde der Vorwurf gemacht, seine Ankündigung, die jährlichen Einwanderungszahlen in den fünfstelligen Bereich zu senken, nicht realisiert zu haben (Dennison & Geddes 2018: 1142). Jüngst sieht sich sein amtierender Nachfolger, Rishi Sunak, mit ähnlicher Kritik konfrontiert – nicht nur von der von ihm entlassenen früheren Innenministerin Suella Braverman, sondern auch vom für Immigration zuständigen Staatssekretär Robert Jenrick, der bis vor kurzem als Verbündeter Sunaks galt (Syal 2023a).¹ Trotz aller Versuche, eine „feindliche Umwelt“ für Migrant:innen zu schaffen, wie es der Wunsch der früheren Innen- und Premierministerin Theresa May war, stiegen die Zahlen und lagen kürzlich mit einer Nettozuwanderung von 745.000 zwischen Dezember 2021 und Dezember 2022 auf Rekordniveau (Walker 2023).

Damit haben die britische Politik im Allgemeinen und die *Conservatives* im Besonderen ein Problem. Dies liegt allerdings weniger daran, dass die Zahlen „zu hoch“ sind, als daran, dass Teile des öffentlichen und vor allem des veröffentlichten Diskurses dies behaupten.² Das Dilemma der Politik besteht darin, Immigration so zu gestalten, dass sie einen wirtschaftlich und gesellschaftlich bestehenden Bedarf bedient, andererseits aber auf die – empfundenen oder realen – Herausforderungen und Probleme reagiert, die Zuwanderung mit sich bringt. James Dennison und Andrew Geddes beschrieben das Dilemma (in Anlehnung an Hooghe und Marks, die



apl. Prof. Dr. Sebastian Berg
Social and Cultural Studies, Ruhr-Universität Bochum

diese Begrifflichkeit für den EU-Integrationsprozess verwendeten) als Spannung zwischen einem funktionalen und einem postfunktionalen Umgang mit Migration (2018: 1138). Funktionalität bezeichnet dabei eine Steuerung von Migration, die sich an ökonomischen Interessen und materiellen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, Postfunktionalität die Priorisierung rassistischer Ressentiments oder ökonomischer Konkurrenz- und sozialer Abstiegsängste. Diese Spannung zeigte sich schon seit der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem *New Commonwealth* ab 1948 (oder sogar seit den Gesetzen zur Regulierung der Beschäftigung von Seeleuten aus den Kolonien im frühen 20. Jahrhundert). Einen Wendepunkt bildete aber die Politik der *New Labour* Regierungen, die sich einerseits explizit einer geregelten Zuwanderung (*managed migration policy*) verschrieben und andererseits den zehn EU-Beitrittsländern von 2004 sofort die Tore öffneten – dies geschah außer im Vereinigten Königreich nur noch in Schweden und Irland.

Der Zuzug von Arbeitskräften aus Osteuropa – rechtlich keine Immigrant:innen, sondern Menschen, die eine der vier Freiheiten der EU in Anspruch nahmen – stieß trotz damals niedriger Arbeitslosenraten auf Skepsis. Kulturell-rassistisch gefärbte Vorurteile mischten sich mit zunehmenden materiellen Sorgen, insbesondere nach Beginn der von Banken- und Finanzkrise ausgelösten Rezession. Bereits 2007 sprach Premierminister Gordon Brown, damals neu im Amt, von der Notwendigkeit, zunächst britische Arbeitnehmer:innen mit britischen Jobs zu versorgen (Morrison 2019: 595). David Cameron machte diese Maxime nach 2010 zum zentralen Bestandteil seiner Verhandlungen zur künftigen britischen Rolle in der EU. Damit lieferte er denen eine Steilvorlage, die Zuwanderung (egal ob aus der EU oder von anderswo) zur Kernfrage des Brexit-Referendums überhöhten. Da aber auch der vollzogene Brexit bislang nur zu einer veränderten Zusammensetzung, nicht aber zu einem Rückgang der Einwanderung führte, sind Kontrollmöglichkeiten zum Kern der Auseinandersetzung um Immigration geworden. Die politische Debatte – in der *Conservative Party*, aber keineswegs nur dort – scheint sich damit mehr und mehr auf postfunktionale (oder besser dysfunktionale) Argumente zu fokussieren.

Im Folgenden geht es daher um die Analyse der Situation nach dem Brexit. Sie beginnt mit einer Bestandsaufnahme aktueller Migration ins Vereinigte Königreich. Danach beleuchtet sie jüngste Verschiebungen im Verhältnis von funktionaler und postfunktionaler Immigrationspolitik. Schließlich fragt sie nach deren Auswirkungen und diskutiert die Möglichkeiten einer nicht ökonomisch verengten, sondern gesellschaftspolitisch funktionalen Strategie, die Immigration nicht primär als Problem behandelt.

1. Zuwanderung im 21. Jahrhundert

Eine der sichtbarsten Veränderungen bei Migrationsbewegungen in Richtung Großbritannien war in den letzten Jahrzehnten ihre Europäisierung. Zwischen 1993 und 2017 stieg der Anteil der in anderen EU-Staaten geborenen Menschen im Land von etwa einer auf 3,7 Millionen (Dennison & Geddes 2018: 1139). 2014 überstieg die Zahl der aus EU-Ländern zugewanderten erstmals die Zahl derer, die aus

anderen Teilen der Welt stammten (Dennison & Geddes 2018: 1139). Gründe dafür lagen in der angesprochenen Reisefreiheit für Menschen aus den EU-Beitrittsländern von 2004, im bis zur Finanzkrise relativ entspannten Arbeitsmarkt, im Status der englischen Sprache und in der Attraktivität britischer Universitäten (Portes 2022: 84). In den Jahren, die dem Brexit unmittelbar vorausgingen, war das Land auch deshalb ein beliebtes Ziel, weil sich die Wirtschaft schneller erholt hatte als in der Eurozone. Dies bot den Pro-Brexit-Kampagnen die Chance, die rekordverdächtige Nettoeinwanderungszahl von 332.000 Menschen in den 12 Monaten vor dem Referendum zu skandalisieren. Schätzungen, wie hoch dabei der Anteil von EU-Bürger:innen war, variierten – aktuelle Studien gehen von etwa 280.000 Menschen aus (Portes 2022: 85-6). Vor allem die Zuwanderung osteuropäischer Arbeitnehmer:innen alarmierte sowohl „social conservatives“, die sich um das Überleben als britisch verstandener kultureller Traditionen und Wertvorstellungen sorgten, als auch „lower skilled workers“, die für ihre Arbeitsplätze erhöhte Konkurrenz und Lohn-dumping fürchteten (Dennison & Geddes 2018: 1144). So entstand, was gelegentlich als ‚progressives Dilemma‘ bezeichnet wird – eine aufgrund als (zu) hoch empfundener Immigrationszahlen sich verringernde Akzeptanz von staatlichen Sozialausgaben (Parker 2017). Immigration und Souveränität wurden daher auch die zwei am häufigsten genannten Motivationen von Brexit-Befürwortern, und das Ende der Reisefreiheit für EU-Bürger:innen stand für die britische Regierung während der Austrittsverhandlungen nicht zur Disposition (Moloney 2023). Die EU-Freizügigkeit endete am 1. Januar 2021. Lediglich die traditionelle Sonderrolle der Republik Irland, mit der bereits lange vor der EU-Freizügigkeit ein *Common Travel Area* existiert hatte, blieb erhalten.

Die Rekordzahlen von 2015/16 wurden danach aber weit übertroffen. Die erwähnten 745.000 Ankommenden im Jahr 2022 (in den britischen Medien im November 2023 kontrovers diskutiert) stellten jedoch womöglich einen Höhepunkt dar, der sich unter anderem mit dem Ende der Pandemie und der Aufnahme von 154.000 Menschen aus der Ukraine erklärt (Syal 2023). Für die zwölf Monate bis Juni 2023 kursiert die etwas geringere Zahl von 672.000 Menschen. Wie immer handelt es sich um Nettoeinwanderung, mit einem Rückgang an EU-Bürger:innen (minus 86.000) (Edginton & Kovacevic 2023). Bildeten zu EU-Zeiten polnische Staatsbürger:innen die größte Gruppe, wird die Zuwanderung heute von Menschen aus Indien angeführt, gefolgt von Nigeria, China, Pakistan und der Ukraine (Vargas-Silva & Rienzo 2022: 7). In der öffentlichen Auseinandersetzung wird dabei oft übersehen, dass die stärksten Kontingente auf Studierende (39 %) und Arbeitsmigrant:innen entfallen (33 %). Die Kategorie „humanitäre Gründe“ erfasst dagegen nur 9 % (Edginton & Kovacevic 2023).

Die politische und mediale Auseinandersetzung kreiste in letzter Zeit um irreguläre Immigration, vor allem um das Phänomen der „small boats“ – um diejenigen, die in Booten den Ärmel-Kanal überqueren. 2022 nutzten etwa 46.000 Menschen diesen Weg, um in Großbritannien politisches Asyl zu beantragen (Moloney 2023). Viele von ihnen stammten aus Ländern mit sehr hohen Anerkennungsquoten (Afghanistan, Eritrea, Iran, Sudan, Syrien).³ Knapp die Hälfte der aus diesen Staaten geflüchteten wählte den lebensgefährlichen Weg über das Wasser

(Refugee Council UK). Häufig verweisen Politiker:innen auf offizielle *Resettlement Schemes*, bei denen z.B. Menschen in UNO-Flüchtlingslagern Chancen auf einen legalen Weg nach Großbritannien haben. Das britische Büro des Hohen Flüchtlingskommissariats der UNO weist allerdings darauf hin, dass diese Programme für weniger als 1 % der Geflüchteten weltweit eine reale Option sind (Syal 2023). Aktuelle Zahlen bestätigen dies: Im gesamten Jahr 2022 gelangten 9 Iraner:innen über ein *Resettlement* Programm ins Land (während 3.954 in Booten kamen), im letzten Quartal des gleichen Jahres waren es immerhin 22 Menschen aus Afghanistan (McDonnell 2023). Prinzipiell können solche Programme natürlich effektiv sein, wie die Zahl der aufgenommenen Ukrainer:innen belegt. Wer aber wie Suella Braverman *Resettlement Programmes* als Alternative zum Asylrecht propagiert, ignoriert nicht nur die meist geringen Zahlen, sondern verlangt faktisch einen Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention, die zurzeit (noch) ihren festen Platz im britischen Asylrecht hat.

2. Funktionale und postfunktionale Steuerungsversuche

Das Kernstück der regulären Immigration bildet seit dem 1. Januar 2021 ein punktebasiertes System (PBS). Es vergibt erneuerbare Fünf-Jahres-Visa bei Erreichen einer Mindestpunktzahl, für die Bewerber:innen vor allem das Jobangebot eines beim Innenministerium registrierten Arbeitgebers, ein Mindestgehalt, Sprachkenntnisse und die Begleichung einer Reihe von Gebühren (für das Visum selbst sowie für die Gesundheitsversorgung) nachweisen müssen.⁴ Zurzeit liegt der jährliche Mindestverdienst bei etwa £ 26.000, der Wert darf aber in bestimmten Fällen (vor allem für Mangelberufe und Berufseinsteiger) unterschritten werden. Die Liste von Mangelberufen wird regelmäßig aktualisiert und umfasst zurzeit z.B. Tätigkeiten im Gesundheitswesen und im Bausektor, aber auch Grafikdesign und Tiermedizin. Auch die Erteilung von Visa für Studierende erfordert die Entrichtung von Gebühren. Ähnliches gilt für z.B. im Agrarsektor verbreitete Saisonarbeit. Für EU-Bürger:innen haben sich die Einreisemöglichkeiten durch die neuen Regeln drastisch verschlechtert, für Menschen aus anderen Teilen der Welt dagegen verbessert (Portes 2022: 88). Während unter Theresa May der Akzent vor allem auf der Senkung der Einwanderungszahlen lag, setzen die hier skizzierten und von der Johnson-Regierung beschlossenen Maßnahmen einen stärker funktionalen Akzent (Portes 2022: 85). Gegenwärtig scheint sich aber zumindest rhetorisch eine Rückkehr zu Mays Prioritäten abzuzeichnen. Repräsentant:innen des rechten Flügels der *Conservatives* wie Kemi Badenoch halten die Zahlen der regulären Migration für viel zu hoch und verlangen „much, much tougher measures“ (zit. nach Walker 2023). Dem sollen Maßnahmen dienen, die es z.B. Studierenden in der Masterphase (und womöglich auch Angestellten im Gesundheitswesen) verbieten, Angehörige ins Land zu bringen (Edginton & Kovacevic 2023). Außerdem befürworten einige Politiker:innen den Vorschlag der ehemaligen Innenministerin Braverman, den Mindestverdienst für Arbeitsmigrant:innen von £ 26.000 auf £ 40.000 zu erhöhen (Walker 2023).⁵ Auch die oppositionelle *Labour Party* spricht, seit Keir Starmer sie führt, wieder von der Notwendigkeit der Reduktion und schlägt angesichts des ‚progressiven Dilemmas‘ vor, das

Mindestgehalt von £ 26.000 auf Mangelberufe auszudehnen, um Lohndumping zu verhindern und der Skepsis gegenüber Sozialleistungen für Zugewanderte vorzubeugen (Adu 2023). Obgleich *Labour* keine Reduzierung auf fünfstelligen Zahlen anstrebt, will die Partei doch „extrem hohe“ durch „normale“ Zahlen ersetzen. Gemeint sind damit etwa 200.000 Menschen jährlich (Adu 2023).

Diesen Bestimmungen und Überlegungen, die zum Teil ökonomischer Rationalität und zum Teil politischer Opportunität zu folgen scheinen, stehen jene gegenüber, die die irreguläre Migration einschränken bzw. stoppen sollen und offenbar opportunistisch motiviert sind. Das Kernstück dieser Maßnahmen ist der *Nationality and Borders Act* von 2022, der mit der *small boats* Immigration aufräumen soll. Rishi Sunak erklärte den Stopp der Boote zu einem seiner fünf Kernprojekte für 2023 (Moloney 2023). Das Problem der britischen Regierung liegt u.a. darin, dass sie nach dem Brexit Geflüchtete nicht mehr in andere EU-Länder zurückführen kann. Das Dublin III Verfahren (das allerdings auch innerhalb der EU nur bedingt funktioniert) muss durch neue, erst noch zu verhandelnde Regeln ersetzt werden (Moloney 2023). Regierungen wie die französische zeigen dabei wenig Interesse, Flüchtlinge am Verlassen der EU (und Frankreichs) zu hindern. Daran ändern weder die britische Kooperation mit dem französischen Grenzschutz etwas noch dessen massive finanzielle Unterstützung. Die britische Regierung bemüht sich daher um Kooperation mit der *Calais Group* (neben Großbritannien und Frankreich zählen dazu Belgien, Deutschland und die Niederlande). Außerdem beschwört sie den Zusammenhang von Migrationskontrolle und Sicherheit. Dies machte Sunak auf dem Gipfel der als Reaktion auf den Ukraine-Krieg gegründeten *European Political Community* deutlich: „The UK will be at the heart of this international effort to stop the boats and defend our national security.“ (zit. nach Moloney 2023).

Kritik am Umgang der britischen Regierung mit Geflüchteten und Asylsuchenden entzündete sich 2023 vor allem an zwei konkreten (und teuren) Projekten. Da war zum einen der Plan, Geflüchtete zur Kostensenkung in einem sogenannten *Floatel*, einer Art Wohncontainerschiff, unterzubringen. Das Sparpotential der *Bibby Stockholm*, die im Hafen von Portland (Devon) liegt, gegenüber herkömmlichen Hotels war allerdings umstritten, außerdem standen Sicherheitsmängel (Defizite beim Feuerschutz, fehlende Schwimmwesten) und Lebensbedingungen auf dem Schiff in der Kritik, die nach Ansicht von Bewohner:innen denen in Gefängnissen ähnelten (Taylor, Diane 2023). Direkt nach Eintreffen der ersten Asylsuchenden im August 2023 musste das Schiff aufgrund des Auftretens von Legionellen wieder geräumt werden (Taylor, Diane 2023). Auch heute sind die 500 Plätze nicht voll belegt, die Bürgermeisterin von Portland ist vor Gericht mit ihrem Widerspruch gegen das Projekt vorläufig gescheitert (Taylor, Mike 2023), jüngst hat die Selbsttötung eines Bewohners für neue Diskussionen gesorgt (Turner et al. 2023). Das zweite Projekt, der Plan, Asylsuchende nach Ruanda auszufliegen, wo ihre Fälle verhandelt und wo sie bei Anerkennung eine Bleibe finden sollten, wurde dagegen gerichtlich gestoppt. Im November 2023 bestätigte der *Supreme Court* die Argumentation eines Berufungsgerichts, wonach Ruanda kein sicheres Land sei (Grogan 2023). Konkret bedeutet dies, dass weder ein faires Asylverfahren gewährleistet ist, noch ein Bleibeerecht im Fall der Anerkennung. Außerdem schoben ruandische Behörden Geflüchte-

te in der Vergangenheit ohne Verfahren in ihre Herkunftsländer oder in Drittstaaten ab – ein Verstoß gegen *Non-Refoulement* Bestimmungen, die sowohl Ruanda als auch Großbritannien offiziell anerkennen (Grogan 2023). Sie sind nicht nur in der europäischen Menschenrechtskonvention kodifiziert, sondern auch in der UN-Flüchtlingskonvention und im Internationalen Pakt über zivile und politische Rechte von 1966. Da sie in britisches Recht integriert wurden, würde auch Bravermans Vorschlag, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen, wenig ändern (Grogan 2023). Die Regierung hat daher ein Gesetz eingebracht, das Ruanda zum sicheren Staat erklärt. Dies würde auch den Obersten Gerichtshof binden. Obwohl es nach der zweiten Lesung im Unterhaus Mitte Dezember 2023 eine Mehrheit gefunden hat, ist zweifelhaft, ob es noch vor der nächsten Unterhauswahl in Kraft treten könnte.⁶ Auch Ideen, den Ruanda-Pakt in einen formalen Vertrag umzuwandeln, oder einen alternativen sicheren Staat zu finden, werden sich so schnell nicht realisieren lassen, so dass (wie Cameron und May) wohl auch Sunak mit dem Vorhaben scheitern wird, bei Wahlen mit drastisch gesunkenen Migrationszahlen zu punkten.

3. Für einen demokratischen Funktionalismus

Das Spielen der „race card“ hat eine lange Tradition in den Wahlkämpfen der *Conservative Party* (Layton-Henry 1992). Angesichts anhaltend schlechter Umfragewerte überrascht es kaum, dass sich Rhetorik und Gesetzesvorhaben radikalisieren. Der elektorale Erfolg der Strategie ist ungewiss. Befragungen zeigen, dass knapp die Hälfte der britischen Bevölkerung Immigration prinzipiell nicht problematisch findet (Richards, Fernandez-Reino & Blinder 2023). Vorsicht ist dennoch geboten: Gewerkschaften haben darauf hingewiesen, dass die Zahl von Übergriffen auf Geflüchtete (und Menschen, die für Geflüchtete gehalten werden) zugenommen hat und sehen einen Zusammenhang mit der Rhetorik der Regierung (McDonnell 2023). Außerdem geraten mit der kontinuierlichen Verwendung von Begriffen wie „illegal immigrants“ humanitäre Mindeststandards in Vergessenheit, zu denen sich Großbritannien lange bekannte (Morrison 2019: 596). Emilie McDonnell von *Human Rights Watch UK* schrieb dazu: „Contrary to the narrative the government likes to push, it is not illegal to seek asylum, and it is irrelevant how a person arrived in the UK. What *is* illegal is the government’s cruel and draconian plan“ (McDonnell 2023).

Postfunktionale Politik hat außerdem ihren Preis. Der *Refugee Council UK* hat errechnet, dass die Unterbringung der vom Innenministerium für 2023 erwarteten 65.000 Bootsflüchtlinge in Spezialunterkünften für 28 Tage 219 Millionen britische Pfund kosten würde, für sechs Monate 1,4 Milliarden (2023). Dem steht ein klarer ökonomischer Nutzen der Immigration gegenüber, wie der Ökonom Jonathan Portes belegt. Diesen erwirtschaften nicht nur Menschen mit formal hohem Bildungsgrad oder gesichertem finanziellen Hintergrund, sondern auch die, die in der Lage sind, essenzielle Tätigkeiten in Gesundheits- und Pflegeberufen, im Einzelhandel und im klimaneutralen Umbau von Infrastruktur und Produktion auszuüben (2022: 94). Somit entsprächen die Erteilung von Visa aus humanitären Gründen (ähnlich wie bei den Geflüchteten aus der Ukraine), großzügige *Resettlement* Programme, die Schaf-

fung von legalen Möglichkeiten für Familienzusammenführung, Arbeit und Ausbildung sowohl ökonomischer Funktionalität als auch den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft in Zeiten ökologischen Umbaus.

Allerdings sollte Funktionalität nicht als bloße Kosten-Nutzen-Rechnung verstanden werden. Sonst wird sie ökonomistisch und blind für die Folgen, die Migration für diejenigen Bevölkerungsschichten hat, die sich am meisten vor Konkurrenz um Jobs und Sozialleistungen fürchten müssen. Die Verteidigung der Grundrechte aller Menschen, die Solidarität mit Schwächeren (woher sie auch kommen mögen) und die Herstellung eines gewissen Levels an materieller Gleichheit bedingen einander und sind für eine demokratische Gesellschaft essenziell.

Anmerkungen

- 1 Die Frage, warum etliche der führenden *Conservatives* wie Braverman und Sunak, aber auch Kemi Badenoch und Priti Patel für extreme Restriktionen in der Immigrationsgesetzgebung plädieren, obgleich sie selbst aus Familien mit Migrationsgeschichte stammen, diskutieren z.B. Saini, Bankole & Begum 2023.
- 2 In Deutschland und Frankreich liegt die Zahl der gestellten Asylanträge z.B. höher (McDonnell 2023).
- 3 Generell liegt die Anerkennungsquote von Asylsuchenden bei etwa 75 %, für die genannten Länder aber noch darüber (Refugee Council UK 2023).
- 4 Die Details zu den aktuellen Regelungen des PBS auf dieser Seite basieren auf den Websites der britischen Regierung (Home Office and UK Visas and Immigration 2023).
- 5 Premier Sunaks Aussagen zu diesem Thema sind bislang widersprüchlich (Walker & Weaver 2023).
- 6 Die Gesetzesvorlage war innerhalb der *Conservative Party* umstritten. Abgeordnete des rechten Flügels fürchteten Möglichkeiten, Entscheidungen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anzufechten. 38 von ihnen enthielten sich daher bei der Abstimmung, während Abgeordnete der gemäßigeren *One Nation Group* sich gegen eine weitere Verschärfung des Textes aussprachen (Crerar, Quinn & Walker 2023).

Literatur

- Adu, Aletha (2023). "Labour would cut net migration to 200,000 a year, says shadow minister." *The Guardian*, 26.11. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/nov/26/labour-would-cut-net-migration-shadow-minister-darren-jones> (abgerufen 28.11.2023)
- Crerar, Pippa, Ben Quinn & Peter Walker (2023). "Relief for Rishi Sunak as Rwanda bill passes first vote in Commons." *The Guardian*, 12.12. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/dec/12/rishi-sunak-survives-rwanda-bill-commons-vote> (abgerufen 27.12.2023)
- Dennison, James & Andrew Geddes (2018). "Brexit and the perils of 'Europeanised' migration." *Journal of European Public Policy*, 25 (8): 1137-1153.

- <https://doi.org/10.1080/13501763.2018.1467953>
- Edginton, Tom & Tamara Kovacevic (2023). "Who is allowed to come to live in the UK?" *BBC News*, 25.11., www.bbc.com/news/uk-48785695 (abgerufen 28.11.2023)
- Grogan, Joelle (2023). "Unpacking the Supreme Court's Rwanda Decision." *UK in a Changing Europe*. <https://ukandeu.ac.uk/unpacking-the-supreme-courts-rwanda-decision/> (abgerufen 29.11.2023)
- Home Office & UK Visas and Immigration (2023). *New immigration system: what you need to know. The UK has introduced a points-based immigration system.* <https://www.gov.uk/guidance/new-immigration-system-what-you-need-to-know> (abgerufen 27.11.2023)
- Layton-Henry, Zig (1992). *The Politics of Immigration: Immigration, 'Race' and 'Race' Relations in Post-War Britain*, Oxford: Blackwell.
- McDonnell, Emilie (2023). "UK Says Refugees Not Welcome: Government Shouldn't Ban Asylum for Channel-Crossers." *Human Rights Watch*, www.hrw.org.uk/news/2023/03/08/uk-says-refugees-not-welcome (abgerufen 28.11.2023)
- Moloney, David (2023). "Will the EU help the UK on small boats?" *UK in a Changing Europe*. <https://ukandeu.ac.uk/will-the-eu-help-the-uk-on-small-boats/> (abgerufen 27.11.2023)
- Morrison, James (2019). "Re-framing free movement in the countdown to Brexit? Shifting UK press portrayals of EU migrants in the wake of the referendum." *The British Journal of Politics and International Relations*, 21 (3): 594-611. <https://doi.org/10.1177/1369148119851385>
- Parker, Owen (2017). "Critical political economy, free movement and Brexit: beyond the progressive's dilemma." *The British Journal of Politics and International Relations*, 19 (3): 479-496. <https://doi.org/10.1177/1369148117711082>
- Portes, Jonathan (2022). "Immigration and the UK economy after Brexit." *Oxford Review of Economic Policy*, 38 (1): 82-96. <https://doi.org/10.1093/oxrep/grab045>
- Refugees Council UK (2023). "Government plans will lead to tens of thousands of refugees being locked up like criminals." *Refugees Council UK*, www.refugees.council.org.uk/latest/news/government-plans-will-lead-to-tens-of-thousands-of-refugees-being-locked-up-like-criminals (abgerufen 28.11.2023)
- Richards, Lindsay, Marina Fernandez-Reino & Scott Blinder (2023). *UK public opinion toward immigration: overall attitudes and level of concern*. Eighth Revision. Oxford: Centre on Migration, Policy & Society. <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/uk-public-opinion-toward-immigration-overall-attitudes-and-level-of-concern/> (abgerufen 27.11.2023)
- Saini, Rima, Michael Bankole, Neema Begum (2023). "The 2022 Conservative leadership campaign and post-racial gatekeeping." *Race & Class*, 65 (2): 55-74. <https://doi.org/10.1177/03063968231164599>
- Syal, Rajeev (2023). "Resettlement expansion no substitute for right to seek asylum, UNHCR tells UK." *The Guardian*, 08.03., www.theguardian.com/uk-news/2023/mar/08/resettlement-expansion-no-substitute-for-right-to-seek-asylum-unhcr-tells-uk (abgerufen 28.11.2023)
- Syal, Rajeev (2023a). "Robert Jenrick distances himself from Rishi Sunak over immigration cuts." *The Guardian*, 28.11. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/>

- nov/28/robert-jenrick-expresses-frustration-with-slow-pace-of-uk-immigration-cuts (abgerufen 29.11.2023)
- Taylor, Diane (2023). "‘This is a prison’: Men tell of distressing conditions on Bibby Stockholm." *The Guardian*, 29.10. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/oct/29/this-is-a-prison-men-tell-of-distressing-conditions-on-bibby-stockholm> (abgerufen 30.11.2023)
- Taylor, Mike (2023). "Portland mayor loses fight with Government over Bibby Stockholm." *Dorset Live*, 11.10. <https://www.dorset.live/news/dorset-news/portland-mayor-loses-fight-government-8823427> (abgerufen 30.11.2023)
- Turner, Lauren et al. (2023). "Bibby Stockholm: Asylum seeker on board barge dies." *BBC News*, 12.12. <https://www.bbc.com/news/uk-67692099> (abgerufen 27.12.2023)
- Vargas-Silva, Carlos & Cinzia Rienzo (2022). *Migrants in the UK: An Overview*. Third Revision. Oxford: Centre on Migration, Policy & Society. <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migrants-in-the-uk-an-overview/> (abgerufen 27.11.2023)
- Walker, Peter (2023). "Sunak agreed with Braverman to £ 40k income threshold for UK immigrants." *The Guardian*, 27.11. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/nov/27/sunak-reportedly-struck-migration-deal-with-braverman-to-win-her-backing> (abgerufen 28.11.2023)
- Walker, Peter & Matthew Weaver (2023). "Sunak adds to family visas confusion, saying rise to £38,700 comes in 2025." *The Guardian*, 22.12. <https://www.theguardian.com/uk-news/2023/dec/22/revised-salary-threshold-uk-visas-families> (abgerufen 27.12.2023)